

Herrn
Dr. Karl-Heinz Daehre
Minister für Landesentwicklung und Verkehr
des Landes Sachsen-Anhalt
Turmschanzenstraße 30
39114 Magdeburg

Berlin, 27. April 2007

Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG

Sehr geehrter Herr Dr. Daehre,

die Diskussion um den Gesetzentwurf zur Teilprivatisierung tritt in ihre wohl entscheidende Phase. In dieser Situation hat der Vorstand der DB AG kürzlich seinen Jahresabschluss 2006 der Öffentlichkeit präsentiert und diese Gelegenheit erneut genutzt, um für sein Modell einer weitgehend integrierten Privatisierung von Netz und Betrieb zu werben.

Wie Sie wissen, halte ich diesen Weg für falsch und gefährlich. Meine Analyse der nun der Öffentlichkeit präsentierten Zahlen sowie der zu großen Teilen grob irreführenden Aussagen des Bahnvorstands zu diesem Anlass hat meine Bedenken keinesfalls kleiner werden lassen. Näheres können Sie der beiliegenden knappen Analyse entnehmen.

Die wichtigsten Punkte in Kürze:

- Die großspurigen Gewinnmeldungen werden im wesentlichen dadurch möglich, dass der Unterhalt des Netzes vernachlässigt wird und Mittel des Bundes für Investitionen indirekt in Aufwandsentlastungen umgelenkt werden.
- Der Nahverkehr macht seine Gewinne durch direkte staatliche Alimentation, der Fernverkehr durch interne Quersubventionierung.
- Das Ziel der Bahnreform, den Marktanteil der Schiene zu steigern, wird nicht erreicht.
- Das Argument, die Privatisierung sei zur Expansion in der Logistik-Sparte unverzichtbar, ist nicht zu halten.

- Die dauerhafte Beteiligung des Bundes an einem globalen Logistikunternehmen ist ordnungspolitisch nicht zu rechtfertigen.
- Die vorgesehene Form der Teilprivatisierung würde es privaten Investoren ermöglichen, dauerhaft risikolosen Profit auf Kosten des Bundes zu machen, der über seine Gewährleistungspflicht für die Infrastruktur jederzeit erpressbar wäre.
- Die erhoffte Einnahme aus einer Teilprivatisierung für den Bundeshaushalt (3,1 Mrd. €) steht in keinem Verhältnis zum laufenden finanziellen Engagement des Bundes bei der Bahn (ca. 10 Mrd. € jährlich ohne Altlasten) und zu den mit der Teilprivatisierung des integrierten Konzerns verbundenen finanziellen Risiken.

Ich gebe trotz allem die Hoffnung nicht auf, dass sich vernünftige Argumente in der Diskussion durchsetzen werden. Die Beschäftigung der Länder mit dem Vorhaben des Bundes bietet dafür eine gute Gelegenheit.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Thilo Sarrazin